

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

6/2009
Juni 2009
26. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	„Unser Gesundheitssystem soll solidarisch sein“	Seite 1
	Erstmals adventistischer Live-Gottesdienst über Twitter als Mikro-Blog	Seite 2
	Überdurchschnittliche Europawahl in Friedensau	Seite 3
	„Eine Disziplin mit weltweit zunehmender Bedeutung“	Seite 4
	Programm zum Mut machen beim G-Camp in Friedensau	Seite 4
	Baptisten und Lutheraner sollen Kirchengemeinschaft erklären	Seite 5
	Neue Geschäftsführerin für ACK Deutschland	Seite 7
	Ist Samstag der neue Sonntag?	Seite 8
International	Deutschschweizer Adventisten wählen Kirchenleitung	Seite 9
	Belgische Stadt Gent führt fleischlosen Donnerstag ein	Seite 10
	In Russland weckt neue Religionsaufsicht alte Ängste	Seite 11
	Adventistisches College als Universität anerkannt	Seite 12
	22 Prozent der US-Bevölkerung sind römisch-katholisch	Seite 12
	Fortschritte auf dem Weg zum Großen Panorthodoxen Konzil	Seite 12
ADRA	Neues Bürogebäude für ADRA Deutschland	Seite 14
	„ADRA-Haus“ für misshandelte Frauen	Seite 16
	Ausbildung für somalische Flüchtlinge im Jemen	Seite 16
Rundfunk/Fernsehen	Keine deutschsprachigen Sendungen mehr bei „Hope Channel Europa“	Seite 16
	Sambias Adventisten mit eigenem Fernsehen	Seite 17
Bibel	Bischof Friedrich neuer Vorsitzender der Deutschen Bibelgesellschaft	Seite 17
Gastkommentar	Nach dem Fall des Schleiers	Seite 19
Buchrezension	Jorge D. Pamplona Roger, „Heilkräfte der Natur. Ein Praxisbuch“	Seite 20

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein

Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon (0711) 4 48 19-14, Telefax (0711) 4 48 19-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski
(stellvertretend), Martin Glaser, Erich Lischek, Brunhilde Teubert

Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.

Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.

Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).

Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 136, CH - 4003 Basel
Telefon (+41 [0] 61) 261 61 15, Telefax (+41 [0] 61) 261 61 18
E-Mail: APD@stanet.ch
Christian B. Schäffler (verantwortlich)

Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike,
Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA
Telefon (+1 301) 680 6306, Telefax (+1 301) 680 6312
E-Mail: adventistnews@gc.adventist.org
Ray Dabrowski (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Alle Texte können veröffentlicht werden. Bei Veröffentlichung der Texte bitten wir um Quellenangabe „APD“ und um Belegexemplar.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 15,7 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 201 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.600 Mitglieder in 586 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

„Unser Gesundheitssystem soll solidarisch sein“

Ministerin Ulla Schmidt referiert im adventistischen Krankenhaus „Waldfriede“

Berlin, 22.06.2009/APD „Wir müssen auch innerhalb der Europäischen Union am Solidarpakt im Gesundheitswesen festhalten, sodass die Beiträge nach den Einnahmen festgelegt werden und das behandelt wird, was medizinisch notwendig ist“, betonte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) in ihrem Impulsreferat „Für Gesundheit gemeinsam einstehen“ im Krankenhaus „Waldfriede“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf. Mit zunehmendem Alter werde das Risiko zu erkranken immer größer, sodass es neue Herausforderungen für das Gesundheits- und Pflegesystem gebe. Da die Ressourcen begrenzt seien, gelte es die Forschung zu bündeln und faire Preise für Medikamente auszuhandeln. Denn der medizinische Fortschritt müsse auch bezahlbar sein.

„Eine gute Versorgung muss sein, damit nicht der Wille nachlässt, ins Gesundheitssystem einzuzahlen“, erläuterte Ulla Schmidt. Dazu gehöre aber auch eine angemessene Bezahlung der Pflegekräfte. Aufgrund des demografischen Wandels in Deutschland würden künftig immer weniger junge Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Sie müssten dazu begeistert werden, Berufe im Gesundheitsbereich zu ergreifen. Das gelänge jedoch nur, wenn sie vernünftige Arbeitsbedingungen vorfinden würden.

Außerdem müsse überall dort wo die Bürgerinnen und Bürger wohnen, die haus- und fachärztliche Behandlung gesichert sein. Das gelte auch für die stationäre Aufnahme auf dem Lande, denn gerade ältere Menschen suchten ein Krankenhaus in Wohnortnähe. Des weiteren müsse mehr für die Prävention getan werden, hob die Gesundheitsministerin hervor. Es gebe viele Möglichkeiten, durch gezielte Vorbeugung Krankheiten zu verhindern und damit Kosten zu sparen.

In der anschließenden Aussprache betonte die Ministerin: „Unser Gesundheitssystem soll solidarisch organisiert sein. Das heißt, dass sich alle zu gleichen Bedingungen an der Finanzierung beteiligen und füreinander einstehen.“

Der Geschäftsführer des Krankenhauses „Waldfriede“, Bernd Quoß, dankte dem Mitglied der Bundesregierung, dass es von Solidarität gesprochen habe, denn einander helfen wäre heute nicht mehr so üblich. Das Krankenhaus sei mit seinen Abteilungen „gut aufgestellt“, denn Prävention spiele in „Waldfriede“ schon seit Jahren eine wichtige Rolle.

Das seit 1920 bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 170 Betten und versorgt mit den Fachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Anästhesie, Radiologie, Gynäkologie und Geburtshilfe jährlich 9.000 Patienten stationär und 12.500 ambulant. Im letzten Jahr kamen dort 926 Babys zur Welt. Die Gesundheitseinrichtung ist eines von sieben Brustzentren in Berlin und besitzt Zentren für Hand- und Fußchirurgie, Darm- und Beckenbodenchirurgie, Minimal-invasive-, Endokrine- und Viszeralchirurgie, Diabetes Mellitus sowie Diabetischer Fuß. Zur Klinik gehören eine Krankenpflegeschule, eine Sozialstation zur Nachsorge und häuslichen Pflege für entlassene Patienten, Kurzzeitpflegeeinrichtungen sowie ein Gesundheitszentrum zur Förderung der medizinischen Prävention und einer gesunden Lebensführung. Außerdem gibt es dort eine ambulante Physiotherapie und niedergelassene Arztpraxen.

„Waldfriede“ ist Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und im Deutschen Evangelischen Krankenhausverband sowie Teil des weltweiten „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten. (3.071 Zeichen)

Erstmals adventistischer Live-Gottesdienst über Twitter als Mikro-Blog

Köln, 22.06.2009/APD Am Samstag, 20. Juni, wurde erstmals ein vollständiger Gottesdienst live über Twitter kommuniziert. Ab 11 Uhr konnten die Abonnenten der „Schlosskirche“, den 140-Zeichen-Tweets auf ihren Smartphones oder an den Computerbildschirmen folgen und am Gottesdienstverlauf teilnehmen.

„Twitter wird unser Leben und die Art, wie wir Informationen austauschen weiter verändern“, erklärte Martin Haase, der in dem Gemeindezentrum der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Bergisch Gladbach den Twitter-Gottesdienst hielt. „Den Menschen einen medienfreundlichen Gott bekannt zu machen, ist eine Verantwortung, der sich gläubige Menschen stellen müssen.“ Haase ist davon überzeugt, dass die auf 140 Zeichen begrenzten Tweets, ähnlich wie die SMS der mobilen Telefone, intensive Aufmerksamkeit und lebendige Communities erzeugen.

Das Projekt „Schlosskirche.org“ des Journalisten Martin Haase wird von dem in Köln ansässigen Medienverein staonline e.V. gefördert, der sich seit 1997 unter dem Slogan „web the mission“ für die christliche Nutzung der neuen Medien engagiert.

Bevor man dem Gottesdienst der Twitter-Schlosskirche unter <http://twitter.com/schlosskirche> folgen konnte, war eine Registrierung bei Twitter <http://twitter.com> erforderlich. Die Anmeldung beim Mikro-Blog-Dienst war schnell erledigt und kostenlos. Es mussten keine Programme installiert werden.(1.272 Zeichen)

Überdurchschnittliche Europawahl in Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 22.06.2009/APD Solch ein Ergebnis wie bei der Europawahl in dem von Siebenten-Tags-Adventisten bewohnten kleinen Ort Friedensau östlich von Magdeburg hätten sich die CDU und SPD auf Deutschlandebene sicher gewünscht. 43,6 Prozent entschieden sich für die CDU – im Bundesdurchschnitt waren es 30,7 Prozent – und 25,1 Prozent für die SPD gegenüber 20,8 Prozent. Die Grünen kamen in Friedensau auf 12,8 Prozent, was in etwa dem Bundesniveau (12,1 Prozent) entspricht. Deutlich weniger Anhänger fand die FDP mit 5 gegenüber 11 Prozent. Auch für Die Linke gab es in Friedensau mit 1,7 Prozent erheblich weniger Sympathie als sonst bei den Bundesbürgern (7,5 Prozent). Dafür kam die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) auf 3,9 gegenüber 0,3 Prozent, und die Christliche Mitte (CM) erreichte 2,8 statt 0,2 Prozent. Wahlberechtigt waren in Friedensau 305 Bürger. Auch die Beteiligung an der Europawahl lag in dem kleinen Ort mit 61,8 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 43,3 Prozent.

Im Jahr 1899 kauften die Siebenten-Tags-Adventisten das etwa zehn Kilometer von der Kleinstadt Möckern entfernte Gut „Klappermühle“ zur Gründung einer Missionschule und zum Bau eines Sanatoriums. Die preußische Regierung genehmigte den Antrag der Freikirchenleitung, den zu Möckern gehörenden Ortsteil in „Friedensau“ umzubenennen. In der Waldeinsamkeit entstanden innerhalb weniger Jahre ein theologisches Seminar, das bis zum Ersten Weltkrieg von über 200 Studenten besucht wurde, eine für damalige Verhältnisse moderne diätisch-physikalische Heilanstalt, eine kleine Fabrik für Reformkost und Personalwohnungen. 1922 wurde Friedensau eine eigenständige politische Gemeinde.

Die politische Eigenständigkeit gab dem Ort ein besonderes Gepräge. Da die Siebenten-Tags-Adventisten eine strikte Trennung von Kirche und Staat vertreten, waren zu keiner Zeit die Freikirchenleitung und die Schulleitung gegenüber der Ortsgemeinde weisungsberechtigt. Selbst unter den schwierigen Bedingungen der Nazidiktatur und DDR-Herrschaft wurden Bürgermeister und Gemeindevertreter von Friedensauer Bürgern stets ohne Beeinflussung von außen gewählt. Sie verstanden sich als bewusste Christen, so dass der Ort zu einem Beispiel für ein gutes Zusammenwirken von kirchlichen und kommunalpolitischen Aktivitäten wurde.

Seit 2002 ist Friedensau wieder ein Ortsteil der im Kreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt gelegenen Stadt Möckern. In Friedensau befindet sich die 1990 staatlich anerkannte Theologische Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit den Fachbereichen Theologie und Christliches Sozialwesen sowie ein 1997 erbautes modernes Altenpflegeheim. Zusammen mit der Europawahl fand auch die Stadtrats-

wahl statt. Dabei wurde der Kanzler der Hochschule, Roland Nickel (Freie Wählergemeinschaft Friedensau 04), erneut in den Stadtrat von Möckern gewählt.

(2.528 Zeichen)

„Eine Disziplin mit weltweit zunehmender Bedeutung“

Friedensau bei Magdeburg, 22.06.2009/APD Die Regelstudienzeit des Masterstudienganges Internationale Sozialwissenschaften (International Social Sciences M.A. ISS) beträgt an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, inklusiv eines achtwöchigen Praktikums, vier Semester (zwei Jahre). Wie der Dekan des Fachbereiches Christliches Sozialwesen, Professor Dr. Horst Rolly, erläuterte, sei der M.A. ISS interdisziplinär konzipiert und verbinde Sozial-, Wirtschafts-, Kultur- und Rechtswissenschaften, Sozialpädagogik, Entwicklungszusammenarbeit sowie Friedens- und Konfliktforschung für die Arbeit im internationalen Sozial- und Projektmanagement. „Internationale Sozialwissenschaften sind eine Disziplin mit weltweit zunehmender Bedeutung“, betonte Rolly.

Die Studieninhalte ließen sich in den fünf Arbeitsfeldern Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe bei Naturkatastrophen, Armutsbewältigung, gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsarbeit zusammenfassen, so Rolly. Der Masterstudiengang werde seit dem Wintersemester 2008/2009 in englischer Sprache angeboten. Der Abschluss eines Fachstudiums an einer Universität, Hochschule oder Fachhochschule sei die Voraussetzung für den Masterstudiengang in Internationale Sozialwissenschaften.

„Das an der Friedensauer Hochschule angesiedelte Institut für Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht ein breites Betätigungsfeld für die Forschungsschwerpunkte der Dozenten und stellt Praktikumsplätze für Studierende bereit“, informierte Professor Rolly. Das Institut habe unter anderem bereits folgende Projekte wissenschaftlich begleitet: Bau von geodätischen Kuppelbauten als Erdbeben-Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen in Gubal (Indien), Planung städtischer Sozialdienste in Yuci (China), gewaltfreie Konfliktbearbeitung unter Serben, Kroaten Bosniaken und Roma im ehemaligen Kriegsgebiet Lika (Kroatien) sowie Vorbeugemaßnahmen gegen Kinderarbeit im ländlichen Umfeld von Andhra Pradesh (Indien). Die Studierenden hätten die Möglichkeit, selbständig in derartigen Projekten mitzuarbeiten oder Dozenten bei ihren Projektbesuchen zu begleiten.

(1.981 Zeichen)

Programm zum Mut machen beim G-Camp in Friedensau

Hannover, 22.06.2009/APD Zum 15. G-Camp (Missionscamp) der Siebenten-Tags-Adventisten, das unter dem Motto „Mut machend – Mut machen“ steht, werden vom 20. bis 26. Juli in Friedensau bei Magdeburg über 1.000 Dauerteilnehmer aus ganz

Deutschland erwartet. Sie können unter 33 Workshops, wie „Professionell drehen und schneiden – Dein Videoclip im Fernsehen“, „Echte Herausforderung – Gemeindegründung“, „Gemeinde als Lebenshilfezentrum“, „Gewaltfrei kommunizieren“, „Auf den zweiten Blick – die Bibel mit Gewinn lesen“, „Wege aus der Depression“ oder „Wege zu unseren muslimischen Nachbarn“, auswählen.

„Der diesjährige Themenschwerpunkt ‚Mut machen‘ will der Resignation und Frustration entgegenwirken, die nicht nur seit der Weltwirtschaftskrise in vielen Lebensbereichen sichtbar ist“, erläuterte Camp-Koordinator Pastor Willie Schulz (Hannover). Es gehe dabei nicht um gut gemeinte Durchhalteparolen, sondern darum, am Vertrauen zu Gott festzuhalten. „Jesus Christus wird uns leiten und uns die nächsten Schritte zeigen, die für uns dran sind.“ Hauptreferent ist László Szabó, Dozent für Gemeindeaufbau und Weltmission der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau. Mit „Xtra-Youth“ gibt es für Jugendliche eigene Abendveranstaltungen. Zum Eröffnungsabend präsentiert Johannes Warth sein eineinhalb-stündiges Programm „zum Mut“ machen.

(1.219 Zeichen)

Baptisten und Lutheraner sollen Kirchengemeinschaft erklären **Konvergenzdokument schlägt gegenseitige Anerkennung der Taufe vor**

München, 22.06.2009/APD Die Bayerische Lutherisch-Baptistische Arbeitsgruppe (BALUBAG) hat ihr im April verabschiedetes 26-seitiges Konvergenzdokument „Voneinander lernen – miteinander glauben“ am 20. Mai der Öffentlichkeit vorgelegt. Nach sechs Jahren intensiven theologischen Dialogs wird in dem Abschlussbericht beiden Kirchen die Aufnahme von Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft empfohlen. Die Arbeitsgruppe wurde 2003 durch den Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) und der Leitung des Landesverbandes Bayern im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (BEFG) eingesetzt. Das geschah im Einvernehmen mit der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sowie dem Präsidium des BEFG.

Um die traditionell kontroversen Themen sachgerecht zu behandeln, begann der Dialog mit dem Verständnis der Rechtfertigungsbotschaft, heißt es in der Einleitung des Konvergenzdokuments. Danach sei es um die Lehre von der Kirche und die kirchlichen Ämter gegangen, sowie auf der Basis des bis dahin erreichten Konsenses um die Lehre und Praxis von Taufe und Abendmahl. Die Arbeitsgruppe habe dabei ein für ökumenische Lehrgespräche neues Verfahren gewählt: „Eine Konfession stellte die theologischen Überzeugungen der jeweils anderen Seite solange dar, bis die dargestellte Seite sich recht verstanden sah. So übte sich jede Seite in die Sprach- und Denkformen und die Befindlichkeiten der anderen Tradition ein.“ Dadurch hätten verzerrende und belastende konfessionelle Missverständnisse weitgehend vermieden werden können. Um bereits Erreichtes aufzugreifen, seien die Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der Waldenser, Methodisten und Baptisten in Italien (1990)

sowie das Ergebnis des Dialogs zwischen VELKD und Mennoniten (1989-1992) bei den Gesprächen berücksichtigt worden.

Bei der Rechtfertigungslehre, nach der Menschen ohne eigene Werke allein aus Gottes Gnade durch die Erlösung, welche durch Christus geschehen ist, gerecht werden, bestünden zwar zwischen Lutheranern und Baptisten unterschiedliche Akzentsetzungen, doch beide Konfessionen stimmten in den Grundaussagen dieser Lehre überein. Auch bei der Lehre von der Kirche setzten Baptisten und Lutheraner unterschiedliche Schwerpunkte. In dem Konvergenzdokument bestätigen die Lutheraner jedoch, dass der Baptismus über geordnete gemeindliche und übergemeindliche Leitungsstrukturen verfüge, die der Evangeliumsverkündigung dienen. Die Baptisten heben hervor, dass sich auch die lutherische Kirche in der Gestaltung ihrer Strukturen auf das Neue Testament beziehe. Deshalb bedeuteten Unterschiede in der Ausgestaltung des kirchlichen Amtes keine Hindernisse für eine gegenseitige Anerkennung.

Auch bei der Taufe ginge es um unterschiedliche Aspekte, die jedoch bei beiden Konfessionen neutestamentlich begründet seien. Betone das lutherische Verständnis eher die Zueignung der Erlösung durch Christus, sodass auch Säuglinge getauft werden könnten, lege der Baptismus durch die Taufe Glaubender mehr Gewicht auf die Aneignung der Erlösung. Baptisten und Lutheraner könnten daher beide Taufverständnisse „als unterschiedliche, jedoch legitime Auslegungen des einen Evangeliums anerkennen“, heißt es in dem Dokument.

Baptisten nähmen in der Frage der Taufanerkennung weltweit allerdings unterschiedliche Standpunkte zwischen Toleranz, Akzeptanz oder Ablehnung der Säuglingstaufe ein. Sie bemühten sich aber von einer Taufpraxis Abstand zu nehmen, die von anderen Kirchen als Wiederholungs- oder Übertrittstaufe gedeutet werden könnte, und bestünden im Falle eines Konfessionswechsels nicht zwingend auf einer nachzuholenden Glaubenstaufe. Auch innerhalb des BEFG nehme die Zahl der Gemeinden zu, die nach zuvor erfolgter Säuglingstaufe nicht länger auf einer „Glaubenstaufe“ als Voraussetzung für eine volle Gemeindegliedschaft bestünden.

Es könne aber dennoch vorkommen, dass ein als Säugling Getaufter erst in einer Baptistengemeinde eine bewusste Beziehung zu Kirche und Glauben gefunden habe und sich im Bewusstsein des eigenen Glaubens in dieser Gemeinde taufen lassen möchte. Entspreche eine Baptistengemeinde diesem Wunsch, würden Lutheraner dies als „Taufwiederholung“ verstehen, sodass nach lutherischem Verständnis eine Grenze überschritten wäre, welche die angestrebte Kirchengemeinschaft gefährde. Im Konvergenzdokument heißt es dazu: „Der erreichte Grundkonsens beider Kirchen wird jedoch als so tragfähig erachtet, dass sich die lutherische Seite vorstellen kann, solche Taufen im Einzelfall aus seelsorgerlichen Gründen zu dulden, wenn diese Praxis nicht mehr den Regelfall kirchlichen Handelns in baptistischen Gemeinden darstellt.“ Die baptistische Seite könne sich vorstellen, solche Taufen so zu gestalten, dass dabei eine Tauferinnerung zur Geltung komme.

Zur Abendmahlsfeier würden bereits schon jetzt Baptisten und Lutheraner auch andersgläubige Christen einladen. Zusammenfassend wird im vorgelegten Dokument erklärt: „Die baptistische Praxis, ausschließlich gläubig gewordene Menschen zu taufen, stellt ... kein Hindernis für eine vertiefte Zusammenarbeit unserer Kirchen oder

eine Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft dar, sofern die Säuglingstaufe nicht als prinzipiell ungültig betrachtet und seitens der Baptisten nicht auf einer nachgeholtten Gläubigentaufe als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in baptistischen Gemeinden bestanden wird.“

Das Konvergenzdokument „Voneinander lernen – miteinander glauben“ der Bayerischen Lutherisch-Baptistischen Arbeitsgruppe ist im Internet unter www.baptisten.org > Themen & Texte > Oekumenische Texte > Konvergenzpapier BALUBAG zu finden.
(5.082 Zeichen)

Neue Geschäftsführerin für ACK Deutschland

Frankfurt/Main, 22.06.2009/APD Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) hat ab 1. Juli mit der römisch-katholischen Theologin Dr. Elisabeth Dieckmann eine neue Geschäftsführerin. Sie tritt die Nachfolge von Pfarrerin Barbara Rudolph an, die als Oberkirchenrätin in die Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland berufen wurde. Dieckmann stammt aus Löhne/Westfalen, studierte Katholische Theologie und Anglistik in München sowie Münster und promovierte 1995 mit einer Arbeit über den evangelischen Theologen Wolfhart Pannenberg. Neun Jahre war sie Geschäftsführerin der ACK in Bayern. 2006 übernahm sie die Geschäftsführung des Diözesanrates der Erzdiözese München und Freising.

Zur ACK Deutschland gehören 17 Mitgliedskirchen, darunter neben den beiden großen Kirchen auch Alt-Katholiken, Orthodoxe, Altorientalen, Anglikaner, Methodisten, Baptisten und Mennoniten. Drei Kirchen, wie die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, haben Gaststatus, und die Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker) sowie drei zwischenkirchliche Organisationen sind ständige Beobachter. ACK-Vorsitzender ist der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Prof. Dr. Friedrich Weber (Wolfenbüttel).

Elisabeth Dieckmann findet die Ökumenische Centrale, die Geschäftsstelle der ACK Deutschland in Frankfurt/Main, in einer schwierigen Lage vor. Die beiden größten Beitraggeber, die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die römisch-katholische Kirche, hatten ihre finanziellen Zuwendungen aufgrund von Sparmaßnahmen erheblich verringert, sodass in der Geschäftsstelle der Personalbestand drastisch abgebaut werden musste und dadurch die Handlungsfähigkeit der ACK stark eingeschränkt ist. Es hat den Anschein, dass die bilaterale Ökumene zwischen der katholischen Kirche und den evangelischen Kirchen in Deutschland auf Orts- und Kirchenleitungsebene funktioniert und daher der mühsamere „Umweg“ über die ACK, um sich auch mit den kleineren Kirchen abzustimmen, in den Hintergrund tritt. (1.813 Zeichen)

Ist Samstag der neue Sonntag?

Theologe: Samstag hat Sonntag als Höhepunkt der Woche abgelöst

München, 22.06.2009/APD Der Samstag hat nach einer Studie des Würzburger Theologen Guido Fuchs den Sonntag als Höhepunkt der Woche abgelöst. „Der Sonntag ist der Tag, an dem man sich ausruht, auf der Heimfahrt im Stau steht oder als Alleinstehender depressiv wird“, erklärte der Liturgiewissenschaftler. Der „Tag des Herrn“ gehe förmlich im Wochenende unter.

Am Samstag dagegen spiele sich die Freizeit ab. Die Menschen kauften ein, machten Ausflüge oder feierten. Das gehe aus einer von Fuchs initiierten Umfrage unter mehr als 300 katholischen Pfarrgemeinden in Deutschland hervor.

1976 sei das Aus für die „sonntägliche Sonderrolle in Deutschland“ für Alle zum ersten Mal sichtbar geworden. In diesem Jahr wurde die DIN-Norm 1355 in Kraft gesetzt. Darin sind die Jahreslänge, die Schaltregeln, die Monats- und Wochentagsnamen, die Schreibweisen „vor Christus“ und „nach Christus“, die Jahreszählung sowie die Wochenzählung festgelegt. Sie sind in weitgehender Übereinstimmung mit dem Gregorianischen Kalender und gehen nur in solchen Dingen darüber hinaus, in denen der Gregorianische Kalender keine Aussagen macht.

Seitdem steht der Sonntag in allen offiziellen Kalendern am Ende der Woche und nicht, wie Jahrhunderte lang zuvor, am Anfang. Der Protest der Kirchen gegen diese Degradierung hatte keinen Erfolg gehabt. „Als eines der wenigen Zugeständnisse konnten sie nur erreichen, dass zumindest in kirchlichen Fest- und Namenstagskalendern weiterhin der Sonntag als Wochenbeginn festgehalten wird“, hob Guido Fuchs hervor.

Im Bewusstsein der meisten Menschen ende die Woche mittlerweile am Sonntag. Die Vorstellung, das habe auch im christlichen Sinne seine Richtigkeit, weil ja schon in der Bibel stehe, dass sich „Gott am siebten Tage ausruhte“, beruhe auf einer Fehlinterpretation. „Damit ist der siebte Tag in der Tradition des jüdischen Kalenders gemeint, also der Sabbat, beziehungsweise Samstag“, erläuterte Fuchs. Und somit beginne für beide Religionen die Woche selbstverständlich am Sonntag.

Die Kirchen müssten diesem veränderten Freizeitverhalten mit ihren Angeboten Rechnung tragen, forderte der Wissenschaftler. Bisherige Traditionen wie die Sonntagsmesse um 9 Uhr früh passten nicht in den Rhythmus des typischen Wochenendmenschen. Die Kirchen stünden vor der Herausforderung, sich für diese Zeiteinteilung zu öffnen, „wenn sie verhindern wollen, dass ein Gottesdienstbesuch demnächst als kulturelle Verhaltensanomalie betrachtet wird“, meinte der Theologe.

Aus Sicht der römisch-katholischen Kirche ist das Wochenende klar gegliedert: Der Freitag dient der Erinnerung der Passion Christi, der Samstag ist dem Mariengedächtnis gewidmet und der Sonntag ist der Tag der Auferstehung Jesu. Dementsprechend boten früher die Pfarrer in ihren Gemeinden Gottesdienste und Andachten an, in denen sie die jeweiligen Themen aufgriffen. Zudem fand die evangelische Wochenschlussandacht selbstverständlich am Samstag statt.

Anders als die Mehrzahl der christlichen Kirchen, die den Sonntag für den regelmäßigen wöchentlichen Gottesdienst nutzen, beachten die Siebenten-Tags-Adventisten den Samstag als gottesdienstlichen Ruhetag, den sie, nach dem hebräischen Wort in der Bibel, als Sabbat bezeichnen. Die Freikirche sieht sich damit in der Tradition der jüdisch-christlichen Urgemeinde.

Die Ergebnisse seiner Studie hat Guido Fuchs in dem Buch „Wochenende und Gottesdienst. Zwischen kirchlicher Tradition und heutigem Zeiterleben“ zusammengefasst, das im Regensburger „Pustet“-Verlag erschienen ist. Der katholische Theologe Fuchs (56) ist außerplanmäßiger Professor für Liturgiewissenschaft an der Universität Würzburg, Dozent am Institut für Liturgie- und Alltagskultur in Hildesheim sowie Herausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift „Liturgie konkret“.

(3.336 Zeichen)

International

Deutschschweizer Adventisten wählen Kirchenleitung

Zürich/Schweiz, 22.06.2009/APD Die Delegierten der Deutschschweizerischen Vereinigung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten wählten ihre Kirchenleitung während zwei getrennter Generalversammlungs-Sitzungen im März und Juni. Bereits am 15. März wurde der aus Österreich stammende 56-jährige Pastor Günther Maurer zum neuen Präsidenten der Freikirche in der Deutschschweiz berufen. Er wird sein Amt am 1. Juli antreten. Derzeit ist er als Seelsorger für die Adventgemeinden im österreichischen Bundesland Kärnten tätig. Der bisherige Präsident Peter Joseit leitete die Freikirche seit 2005. Er tritt Ende Juni in den Ruhestand und kehrt an seinen früheren Wohnort in Australien zurück.

Am 14. Juni fand im neuen kircheneigenen Gemeindezentrum „Wolfswinkel“ in Zürich-Affoltern die Wahl der übrigen Kirchenleitung für die Amtsperiode 2009 bis 2013 statt. Die Generalversammlung bestätigte Pastor Michael Urbatzka als Sekretär (Geschäftsführer) und André Rüegg als Schatzmeister (Rechnungsführer) für weitere vier Jahre in ihren Ämtern. Gleichzeitig wurden die Abteilungsleiter und der Vereinigungsaus-

schuss, welcher die Geschäfte der Freikirche in der deutschsprachigen Schweiz führt, gewählt.

Im neuen Zürcher Gemeindezentrum sind die „Privatschule A bis Z“, die Versammlungsräume der Kirchengemeinde Zürich-Affoltern sowie seit 22. Juni die Büros der Verwaltung der Deutschschweizerischen Vereinigung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten untergebracht. Die offizielle Einweihungsfeier des Zentrums findet am 4. Juli im Beisein des Präsidenten der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung, Pastor Jan Paulsen, statt.

Die Siebenten-Tags-Adventisten sind eine evangelische Freikirche mit weltweit 16 Millionen erwachsen getauften Mitgliedern, die aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervorging. In der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein gibt es 4.319 Mitglieder in 49 Gemeinden und fünf Gruppen. Die erste adventistische Kirchengemeinde wurde 1867 im jurassischen Tramelan gegründet. Seit 1901 bilden die Gemeinden des deutschsprachigen Landesteils die „Deutschschweizerische Vereinigung“ mit Sitz in Zürich. (1.928 Zeichen)

Belgische Stadt Gent führt fleischlosen Donnerstag ein **Fleischverzicht für Gesundheit und Klimaschutz**

Gent/Belgien, 22.06.2009/APD Die 240.000 Einwohner zählende Stadt Gent im belgischen Ostflandern hat sich kürzlich zur vegetarischen Hauptstadt Europas erklärt. Auf Wunsch der Stadtväter soll jeder Donnerstag in Gent zum fleischlosen Tag werden, um die Bevölkerung an einen gesünderen Lebensstil heranzuführen und die Maßnahmen zum Klimaschutz durch Verringerung des CO₂-Ausstoßes zu verstärken. Europaweit gibt es bis heute kein vergleichbares politisches Bekenntnis zur vegetarischen Ernährung.

In Restaurants, Schulkantinen und Krankenhäusern der Stadt soll künftig an Donnerstagen auf Fleisch und Fisch verzichtet werden. „Wir haben 90.000 vegetarische Stadtpläne drucken lassen, in denen die Restaurants der Stadt eingezeichnet sind, die auf fleischlose Kost setzen“, erklärte Tom Balthazar, Genter Vizebürgermeister und Mitglied der städtischen Gesundheits- und Umweltkommission. Mit knapp 100 vegetarischen Restaurants gebe es in Gent nach offiziellen Angaben im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr vegetarische Restaurants als in Berlin, Paris oder London. Rund zwei Prozent der Genter seien bereits heute Vegetarier.

Beraten werden die Organisatoren von der belgischen Vegetarierorganisation EVA (Ethical Vegetarian Alternative). Sie betont neben dem Gesundheitsaspekt insbeson-

dere die Auswirkungen von Fleischverzehr auf das Klima: „Wenn jeder Einwohner Flanderns an einem Tag in der Woche auf Fleisch verzichtet, ersparen wir dem Klima jährlich den CO₂-Ausstoß einer halben Million Autos“, so EVA-Sprecher Tobias Lee-naert. Weitere belgische Gemeinden hätten bereits angekündigt, dem Beispiel Gents folgen zu wollen.

Mit dem Experiment „Donderdag Veggiedag“ (Donnerstag – Vegetarischer Tag) unterziehen die Stadträte Gents die städtische Lebensmittelversorgung einer Belastungsprobe. Die jüngsten Ernährungs- und Klimastudien hätten für die Politiker den nötigen Ausschlag gegeben, die Öffentlichkeit mit der vegetarischen Alternative vertraut zu machen. Durch Fleischproduktion und -konsum entstünden 18 Prozent der belgischen Treibhausgasemissionen. Hinzu kämen durch die Folgen von Übergewicht und Adipositas erhebliche volkswirtschaftliche Schäden. Diesen Missständen wolle die Stadtregierung Gents mit dem vegetarischen Donnerstag entgegen wirken.

Besonderes Augenmerk legen die Initiatoren auf die Schulen. Den Schülerinnen und Schülern soll durch das Aufzeigen einer wohlschmeckenden Alternative zum Fleischgenuss ein stärkeres Bewusstsein für gesunde Ernährung und Klimaschutz vermittelt werden. Eltern, die mit dem fleischlosen Donnerstag-Schulessen nicht einverstanden sind, können für ihre Kinder trotzdem eine fleischhaltige Mahlzeit an Schulen einfordern.

(2.431 Zeichen)

In Russland weckt neue Religionsaufsicht alte Ängste

Moskau/Russland, 22.06.2009/APD Das russische Justizministerium habe laut der Osloer Menschenrechtsorganisation „Forum 18“ sein Expertengremium für die Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften reorganisiert und mit umfassenden Untersuchungskompetenzen ausgestattet. Dass „Sektenbekämpfer“ und umstrittene Islamgelehrte in den Rat berufen worden seien, führte bei Religionsgemeinschaften und Bürgerrechtlern zu Protesten.

Eine Theologengruppe der Altgläubigen sehe in der Reorganisation „einen direkten Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechte der russischen Bürger, nämlich die Bekenntnisfreiheit“. Die Altgläubigen, welche nicht direkt betroffen zu sein scheinen, befürchteten Streit unter den Glaubengemeinschaften, sodass eine Kampagne gegen Andersgläubige und deren Unterdrückung folgen könnte. Auch Vertreter der Baptisten, Pfingstler, Siebenten-Tags-Adventisten und Muslime sowie Bürgerrechtler hätten protestiert und hofften, dass die Regierung Medwedjew die Kompetenzen des Rates eindeutig begrenze.

(955 Zeichen)

Adventistisches College als Universität anerkannt

Takoma Park, Maryland/USA, 22.06.2009/APD Das in Takoma Park, Maryland, im Großraum der US-Hauptstadt Washington gelegene Columbia Union College der Siebenten-Tags-Adventisten wurde in „Washington Adventist University“ umbenannt. Zuvor hatte der Higher Education Council des amerikanischen Bundesstaates Maryland die Bildungsstätte als Universität anerkannt. An ihr sind 1.070 Studierende in den Fachbereichen Naturwissenschaften, Mathematik, Physik, Englisch, Geschichte, Musik, Betriebswirtschaft, Jura, Informatik, Kommunikation und Journalismus, Pädagogik, Psychologie, Krankenpflege, Soziale Arbeit sowie Theologie eingeschrieben. Die höhere Lehranstalt wurde 1904 als Washington Training College gegründet.

(679 Zeichen)

22 Prozent der US-Bevölkerung sind römisch-katholisch

Washington D.C./USA, 22.06.2009/APD Die Zahl der Katholiken ist im Jahr 2008 in den USA um rund eine Million auf jetzt 68,1 Millionen gestiegen. Damit sind in den Vereinigten Staaten 22 Prozent der Bevölkerung römisch-katholisch. Der Zuwachs hängt vor allem mit Einwanderern aus Lateinamerika zusammen. Wie aus dem neuen Statistischen Jahrbuch der katholischen Kirche in den USA hervorgeht, wurden im letzten Jahr 887.145 Babys und 42.629 Erwachsene getauft. Außerdem traten 81.775 bereits getaufte Gläubige in die katholische Kirche ein. Im Land gibt es 41.489 Priester, 60.715 Nonnen und 4.905 Mönche. An den 189 Priesterseminaren sind 4.973 Studenten eingeschrieben. Die 562 katholischen Krankenhäuser in den Vereinigten Staaten behandelten 2008 rund 85,3 Millionen Patienten.

(717 Zeichen)

Fortschritte auf dem Weg zum Großen Panorthodoxen Konzil

Chambésy bei Genf/Schweiz, 22.06.2009/APD Während der vierten Panorthodoxen Vorkonziliaren Konferenz in Chambésy bei Genf soll einer der „Stolpersteine“ auf dem Weg zum nächsten „Heiligen und Großen Konzil der Orthodoxie“, die Regelung der kirchenrechtlichen Verhältnisse in der orthodoxen Diaspora, aus dem Weg geräumt worden sein.

Die orthodoxen Kirchen ordnen, wie die katholische Presseagentur Kathpress berichtet, ihre Zusammenarbeit in der Diaspora neu. Weltweit werden in mehreren Regionen neue gemeinsame Bischofsversammlungen eingerichtet, beschloss die Vorbereitungsstagung, die vom 6. bis 13. Juni in Chambésy stattfand. Den neuen Bischofsversammlungen sollen jeweils alle kanonischen Bischöfe angehören, welche Verantwortung für Gemeinden in diesen Regionen tragen. Ziel der Versammlungen sei die Stärkung der Einheit der orthodoxen Kirche und des gemeinsamen Hirtendienstes an den orthodoxen Christen, die außerhalb der traditionellen Grenzen der orthodoxen Ortskirchen leben, hieß es weiter. Beobachter werteten die Beschlüsse in Chambésy als „Durchbruch“, der jetzt den Weg zum panorthodoxen Konzil frei mache.

An der Genfer Vorbereitungsrunde nahmen unter Vorsitz des Metropoliten von Pergamon (Bergama), Ioannis Zizioulas, rund 40 Vertreter aller 14 kanonischen orthodoxen Kirchen teil. Die vorkonziliaren Konferenzen sollen das Große Panorthodoxe Konzil vorbereiten. Erst im Oktober 2008 hatte nach zwei Jahrzehnten Unterbrechung ein Treffen aller orthodoxen Kirchenoberhäupter („Synaxis“) aus Anlass des Paulus-Jubiläums in Istanbul den Weg für eine Wiederaufnahme der Vorbereitung des panorthodoxen Konzils freigemacht.

Bei der Konferenz wurden Beschlüsse der interorthodoxen Vorbereitungskommission für das Konzil, die im Dezember wieder in Chambésy zusammentreten wird, aus den Jahren 1990 und 1993 im Hinblick auf die Diaspora bestätigt. Entscheidend sei, dass die Bischofsversammlungen in der Diaspora im Geist der „Konziliarität“ (sobornost) stattfinden. Im Schlussdokument der Konferenz wird ausdrücklich betont, dass der „gemeinsame Wille“ aller orthodoxen Kirchen zum Ausdruck gekommen wäre, das Problem der kirchenrechtlichen Organisation der „orthodoxen Diaspora“ im Einklang mit der orthodoxen Lehre von der Kirche, mit der Tradition und der kirchenrechtlichen Praxis zu lösen. Den Vorsitz der neuen Bischofsversammlungen soll jeweils der örtlich dienstälteste Bischof des Ökumenischen Patriarchats übernehmen. Wenn es keinen solchen gebe, gehe der Vorsitz an den jeweils dienstältesten Bischof des nächsten Patriarchats auf der orthodoxen Ehrenliste über.

Der Prozess zur Einberufung eines panorthodoxen Konzils begann 1961 – parallel zum Zweiten Vatikanischen Konzil – mit einer panorthodoxen Konferenz auf Rhodos. Weitere Vorkonferenzen fanden 1963 und 1964 auf Rhodos und 1968 in Chambésy statt. Dabei wurden die Themen festgelegt, mit denen sich das panorthodoxe Konzil zu befassen habe. In der Folge formierte sich die interorthodoxe Vorbereitungskommission für das Konzil, die 1971, 1986, 1990 und 1993 in Chambésy tagte. 1976 versammelte sich ebenfalls in Chambésy die erste vorkonziliare panorthodoxe Konferenz, der 1982, 1986 und jetzt weitere folgten.

Die vielfältigen Begegnungen führten dazu, die Themenliste für das Konzil genauer zu definieren: Außer Frage standen die Veränderung der Fastenvorschriften, der kirchenrechtlichen Regeln für Heirat und Scheidung, das Osterdatum und die ökumenischen Beziehungen zu den anderen Christen. Heikel wurde es bei der „Ehrenliste“, gemeint ist die kanonische Reihenfolge der Patriarchate und selbständigen Kirchen, weil sich hier der Zwiespalt zwischen Konstantinopel und Moskau am deutlichsten zeigte. Problematisch war auch die Frage der Anerkennung der Selbständigkeit (Autokephalie) oder Autonomie von Ortskirchen, etwa im Hinblick auf den Zerfall von föderalen Gebilden wie die Sowjetunion und Jugoslawien. Große Meinungsverschiedenheiten gab es zudem beim Problem der kirchenrechtlich korrekten Organisation der „Diaspora“.

Dass es jetzt gelang, einen Weg für diese Organisation der „Diaspora“ zu finden, war auch für Insider nicht selbstverständlich. „Ich bin selbst von diesem guten Ausgang überrascht“, sagte Metropolit Ioannis Zizioulas. Er hatte am Beginn der Konferenz eindringlich zur Eintracht aufgerufen. Die bisherige Unfähigkeit der Orthodoxie, „ihr“ Konzil auf die Beine zu stellen, sei ein Ärgernis, das ihre Einheit und Zukunft gefährde und sie in den Augen einer nichtglaubenden Welt zum Gespött mache. In diesem Sinn

äußerte sich auch der „Organisator“ der Konferenz, Archimandrit Bartholomaios Samaras aus Istanbul.

Die Lösung des jahrelangen Streites darüber, ob für die orthodoxe „Diaspora“ das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel allein zuständig sein soll, wie das schon ein Beschluss des Konzils von Chalcedon 451 nahe legt, oder ob die heutige Praxis der Leitung jeder Diasporadiözese durch die jeweilige Mutterkirche beibehalten wird, sei „salomonisch“. Konstantinopel akzeptiere die Diasporabischöfe der slawischen, rumänischen, georgischen, arabischen, albanischen und weiteren Orthodoxen. Doch würden diese in den Diasporaländern in Bischofsversammlungen zusammengefasst, die ihrerseits in der Regel unter dem Vorsitz eines Bischofs des Ökumenischen Patriarchats stünden.

Das könnte zur Bildung neuer orthodoxer Kirchen in den Staaten der Diaspora führen, wie das der Leiter des Außenamtes der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), Erzbischof Hilarion (Alfejew), schon im Vorfeld der Genfer Begegnung angeregt hatte. Dem neuen Erzbischof von Wolokolamsk und früheren russisch-orthodoxen Bischof von Wien wird ein großer Anteil an der erzielten Einigung zugeschrieben.

Das letzte Konzil der orthodoxen Kirchen fand 879 in Konstantinopel (heute Istanbul) statt. Danach versammelten sie sich nur noch zu Synoden. Erst wieder zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es neue Vorstöße für ein „Heiliges und Großes Konzil der Orthodoxie“. Als möglicher Veranstaltungsort dieses panorthodoxen Konzils, dessen Termin noch völlig offen ist, gilt die griechische Insel Rhodos. (5.319 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

Neues Bürogebäude für ADRA Deutschland

Weiterstadt bei Darmstadt, 22.06.2009/APD „Wer Menschen hilft, muss deren Würde bewahren“, betonte Andreas Storm (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, in seiner Ansprache anlässlich der Einweihung des neuen Bürogebäudes der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland in der Robert-Bosch-Straße 10 in Weiterstadt bei Darmstadt. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit könne es nur eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“ geben. Dadurch sei es möglich zu erfahren, was der Partner wirklich benötige.

Hinzu komme ein abgestimmtes Vorgehen mit anderen Hilfsorganisationen, um eine nachhaltige Wirkung der Projekte zu erreichen. Gute Beispiele der Entwicklungszusammenarbeit müssten sichtbar werden, damit auch andere Organisationen Anregungen übernehmen könnten. Storm dankte ADRA Deutschland für den vielfältigen Einsatz. „Die Arbeit von ADRA wird von den Bundesministerien sehr geschätzt, da sie

nicht nur von hoher Qualität ist, sondern auch von Menschlichkeit getragen wird“, betonte der Staatssekretär.

Der Direktor von ADRA Deutschland, Pastor Erich Lischek, erinnerte an die bescheidene Gründung des Hilfswerkes 1987 in Darmstadt. Ihm habe damals nur eine Sekretärin zur Seite gestanden. Doch bald wären weitere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hinzu gekommen, sodass 1991 ein Umzug in ein umgebautes Wohnhaus in Weiterstadt erfolgte. Auch ein angrenzendes zweites Wohnhaus habe schließlich nicht mehr ausgereicht. „Wir sind sehr dankbar für dieses neue, großzügige Bürogebäude in unmittelbarer Nachbarschaft zu unserem bisherigen Domizil in Weiterstadt, in dem nun alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausreichend Platz für ihre Aufgaben haben“, betonte Lischek. Er freue sich ebenfalls über den großen Konferenzraum, sodass nun Sitzungen mit Vertretern anderer Hilfsorganisationen auch bei ADRA in Weiterstadt stattfinden könnten. Im neuen ADRA-Büro sind rund 30 Personen beschäftigt.

ADRA Deutschland ist unter anderem Mitglied der „Aktion Deutschland Hilft“, bei „Gemeinsam für Afrika“, im Koordinierungsausschuss für humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes und im Verband Entwicklungspolitischer Nicht-Regierungs-Organisationen in Deutschland (VENRO). Als kirchliche Einrichtung der Siebenten-Tags-Adventisten hilft ADRA Menschen, unabhängig von ihrer politischen und religiösen Anschauung oder ethnischen Herkunft.

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland hat 2007 Projekte mit Fördermitteln von drei Millionen Euro sowie Spenden und sonstigen Erträgen von 4,4 Millionen Euro durchgeführt. Das Hilfswerk erhielt das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Die ADRA-Verwaltungskosten mit 7,6 Prozent werden vom DZI als niedrig eingestuft.

Seit 2001 führt ADRA die bundesdeutsche Aktion „Kinder helfen Kindern“ durch, sodass jedes Jahr rund 40.000 Weihnachtspakete an Waisen- und Heimkinder in Osteuropa gehen. Bereits 1997 begann ADRA Deutschland Jugendliche ins Ausland zu entsenden; damals nur Zivildienstleistende im Rahmen von „Andere Dienste im Ausland“. Ab dem Jahr 2000 wurden aufgrund der großen Nachfrage auch Freiwillige entsandt. ADRA beteiligt sich am neuen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „Weltwärts“ des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). „Weltwärts“-Projekte führt ADRA gegenwärtig in Argentinien, Mexiko, Honduras, Nicaragua, Moldau, Kirgistan, Tansania und Kenia durch. In diese Staaten hat das Hilfswerk zurzeit 16 Freiwillige entsandt.

Zu den gerade laufenden Projekten von ADRA Deutschland gehören unter anderem die Aufklärung von Jugendlichen über Sexualfragen in Kambodscha, sauberes Trinkwasser für zwölf Ortschaften in Laos, Einkommen schaffende Maßnahmen und Umweltschutz nach dem Tsunami in Indien, Unterstützung von 1.000 Heimkehrerfamilien im Sudan, Aufbau von Gesundheitszentren in Äthiopien, „alternativer Ritus“ zur Genitalbeschneidung von Mädchen in Kenia sowie ein Programm für ein gewaltfreies Zuhause in Serbien. ADRA Deutschland gehört zum Netzwerk von ADRA International, das zurzeit in 108 Ländern tätig ist. (3.657 Zeichen)

„ADRA-Haus“ für misshandelte Frauen

Bukarest/Rumänien, 22.06.2009/APD Im Landkreis Ilfov nahe der rumänischen Hauptstadt Bukarest hat die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA ein Haus mit 24 Wohnplätzen für misshandelte Frauen eröffnet. Betroffene erhalten dort medizinische und psychologische Hilfe sowie Rechtsbeistand. Das „ADRA-Haus“ hilft bei der Suche nach einer Arbeitsstelle und einer Wohnung. Die Dienste der Einrichtung können bis zu einem Jahr nach Verlassen des Frauenhauses in Anspruch genommen werden. (467 Zeichen)

Ausbildung für somalische Flüchtlinge im Jemen

Aden/Jemen, 22.06.2009/APD Das städtische College in Aden/Jemen hat mit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA ein Abkommen zur Ausbildung von 52 dort lebenden somalischen Flüchtlingen unterzeichnet. Danach sollen 20 von ihnen eine Computerschulung erhalten, 18 eine Ausbildung als Mechaniker und 14 im Sekretariatsbereich. Das Ausbildungsprogramm erstreckt sich über sechs Monate. (395 Zeichen)

Rundfunk/Fernsehen

Keine deutschsprachigen Sendungen mehr bei „Hope Channel Europa“

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 22.06.2009/APD Ab Juli gibt es keine deutschsprachigen Fernsehsendungen mehr beim adventistischen „Hope Channel Europa“, der über den Satelliten Eutelsat/Hotbird ausgestrahlt wird. Wie Pastor Matthias Müller, Leiter des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt mitteilte, existiere seit März 2009 das tägliche 24-Stunden-TV-Programm „Hope Channel Deutsch“, welches beim Satelliten ASTRA zu empfangen sei, der immerhin über 40 Prozent aller Haushalte in Deutschland versorge. „Es bleibt eine große Aufgabe für unser kleines Team, ein 24-Stunden-

Radio- und Fernsehprogramm zu fahren, das diesen Namen verdient“, betonte Müller. Um das zu erreichen, gelte es Kräfte und finanzielle Mittel zu bündeln.

„Die Sendungen für den ‚Hope Channel Europa‘ mussten gesondert aufbereitet und mindestens zwei Wochen vor Ausstrahlung in die USA geschickt werden. Dort wurden sie in einem Medienzentrum mit den Beiträgen der anderen Länder kombiniert und zum richtigen Zeitpunkt per Glasfaserkabel nach Europa geschickt und von dort zum Satelliten Eutelsat/Hotbird übertragen“, erläuterte Müller. Dieser Aufwand sei nicht mehr zu leisten, und daher überlasse das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ die bisherige Sendezeit von zehn Stunden pro Woche den Adventisten anderer Länder. „Hope Channel Europa“, für den das deutsche Medienzentrum seit Oktober 2004 Programme beisteuerte, bleibe weiterhin auf Sendung. Beiträge im „Hope Channel Deutsch“ seien dagegen nicht nur zehn Stunden wöchentlich, sondern rund um die Uhr über den Satelliten ASTRA und im Internet zu empfangen. (1.498 Zeichen)

Sambias Adventisten mit eigenem Fernsehen

Lusaka/Sambia, 22.06.2009/APD Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der afrikanischen Republik Sambia plant die Ausstrahlung von Fernsehsendungen über Satellit. Wie deren Präsident, Pastor Cornelius M. Matandiko (Lusaka), mitteilte, sei dafür ein Büro in Ndola eingerichtet worden. „Hope TV“, wie der neue Fernsehsender heißen werde, könne nach Erhalt der staatlichen Sendelizenz ab März 2010 Programme ausstrahlen. 60 Prozent der Programme mit Schwerpunkt Familie sollen im Land von adventistischen Journalisten produziert werden.

Laut Matandiko arbeite „Hope TV“ mit dem „Hope Channel International“, einem Fernsehnetzwerk der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) in Silver Spring, Maryland/USA, zusammen. Das seit 2003 bestehende Netzwerk bietet weltweit Programme in verschiedenen Sprachen auf neun Kanälen über sieben Satelliten an, die in rund 40 Landesstudios produziert werden. In Sambia gibt es fast 600.000 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 1.700 Gemeinden. (917 Zeichen)

Bibel

Landesbischof Friedrich neuer Vorsitzender der Deutschen Bibelgesellschaft

Stuttgart, 22.06.2009/APD Der bayerische Landesbischof und Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Dr. Johannes Friedrich, ist neuer Vorsitzender des Verwaltungsrates der Deutschen Bibelgesell-

schaft, Stuttgart. Er tritt die Nachfolge von Dr. Walter Klaiber an, der bis zu seinem Ruhestand Bischof der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland war.

„Die Deutsche Bibelgesellschaft ist das deutsche Kompetenzzentrum für die Bibel“, betonte Friedrich anlässlich seiner Wahl. „Eine Verbreitung der Bibel ist in unserem Land heute wichtiger denn je. Dabei sollen die Menschen merken: Bibellesen hilft mir bei der Bewältigung meines Lebens, Bibellesen macht Spaß, Bibellesen gibt mir Trost und Gottvertrauen und hilft gegen die Angst.“ Die Bibel sei die Grundlage aller Verkündigung, so Friedrich. Ihre Herausgabe dürfe nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen werden, sondern gehöre in die Hand eines Kompetenzzentrums.

Johannes Friedrich wurde 1948 in Bielefeld geboren und ist in Erlangen aufgewachsen. Er studierte evangelische Theologie an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Tübingen. Anschließend war er bis zu seiner Promotion als wissenschaftlicher Assistent bei Peter Stuhlmacher in Tübingen tätig. 1979 übernahm Friedrich seine erste Pfarrstelle in Nürnberg. Ab 1991 bekleidete er dort das Amt des Evangelischen Dekans. Seit 1999 ist Friedrich Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. 2005 wurde er zum Leitenden Bischof der VELKD gewählt.

Die Deutsche Bibelgesellschaft ist eine kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts. Zu ihren Organen zählen die Vollversammlung, der Verwaltungsrat und die Geschäftsführung. In der Vollversammlung sind unter anderem 29 regionale Bibelgesellschaften sowie 14 Freikirchen und christliche Werke vertreten. Der Verwaltungsrat ist für die Erfüllung der Aufgaben der Stiftung verantwortlich und überwacht die Arbeit der Deutschen Bibelgesellschaft.

Sie ist verlegerisch und auch bibelmissionarisch tätig. Ihr Verlagsprogramm reicht von verschiedenen Bibelübersetzungen über biblische Kinderbücher und Verständnishilfen zur Heiligen Schrift bis hin zu Fachliteratur und wissenschaftlichen Urtextausgaben. Viele Titel erscheinen nicht nur in gedruckter, sondern ebenso in digitaler Form. Im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gibt die Bibelgesellschaft die Lutherbibel heraus. Weitere Schwerpunkte sind bibelmissionarische Projekte in Deutschland, die wissenschaftliche Erforschung der biblischen Urtexte und die Unterstützung internationaler Projekte des Weltbundes der Bibelgesellschaften (United Bible Societies /UBS).

(2.393 Zeichen)

Adventisten verteilen Bibeln in Namibia

Katima Mulilo/Namibia, 22.06.2009/APD Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten hat in der Caprivi Region in Namibia 173 Bibeln in Englisch und in der Bantusprache

Silozi an Krankenhäuser, Polizeistationen, Behörden und die Regionalverwaltung verteilt. Deren Leiter, Leonard Mwilima, dankte den Adventisten für ihr soziales Engagement. Er betonte, dass die Heilige Schrift mehr Frieden in die Familien gebracht und zu mehr humanitären Projekten angeregt habe als jedes andere Buch der Erde.

(459 Zeichen)

Gastkommentar

zum Jubiläum „20 Jahre Europäische Ökumenische Versammlung von Basel“ (15. bis 21. Mai 1989)

Nach dem Fall des Schleiers

Vor zwanzig Jahren wurde in Basel der ökumenische Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung angestoßen. Es war eine farbige und ermutigende Versammlung. Ich war damals Theologiestudent und erledigte als Steward Botengänge, trug Fahnen und hielt Girlanden hoch. Als Insider waren wir von der Wirkung der Veranstaltung ebenso überrascht wie die in kirchlichen Belangen eher reservierte Basler Bevölkerung. Wir alle wunderten uns über die Massen von Besucherinnen und Besuchern, die nach Basel strömten, vor allem aus Deutschland, weil man dort solche Anlässe aus der Tradition der Kirchentage kannte. Tagelang prägten sie das Stadtbild: Mitglieder christlicher Jugendverbände, ganze Kirchenvorstellungen, Mönche in der Kutte, Diakonissen in Tracht, Nonnen im Ornat bis hin zum grotesken Bußprediger.

Es war die hohe Zeit der Ökumene – eine Hoch-Zeit, die wohl auch zu mancher Hochzeit unter den Stewards geführt haben wird, die sich in Basel konfessionsübergreifend kennen und lieben gelernt hatten. Wenngleich uns Junge die damals verabschiedeten Dokumente nicht wirklich zu begeistern vermochten, wurde für uns an dieser ersten Versammlung aller Kirchen in Europa seit der Reformationszeit eindrücklich erlebbar, was möglich wird, wenn Christen zusammenfinden. Erfüllt vom Geist jener Tage, entstanden Initiativen, die seither in Basel, in der Schweiz und europaweit die Gegenwart gestalten.

Was die Ökumene betrifft, hat die damalige Euphorie in den vergangenen 20 Jahren jedoch der Ernüchterung Platz gemacht. Der Schleier der Täuschung ist gefallen. Die Römische Glaubenskongregation hat 2007 deutlich gemacht, dass Rom gegenüber den evangelischen Kirchen keine weiteren Zugeständnisse machen will – im Gegenteil: Gewisse Entwicklungen der Öffnung gegenüber Protestanten seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil erachtet die Römische Kurie heute als Fehlentwicklungen. Deutlich machte die Kurie, dass sie lediglich noch an einem Gespräch mit den orthodoxen Kirchen interessiert sei. Die Basis hier vor Ort denkt zwar anders, aber die „Basel“ nachfolgenden Versammlungen in Graz 1997 und Sibiu 2007 konnten vor diesem Hintergrund nicht mehr die Kraft von 1989 entfalten.

Doch auch vor Ort sind manch zugeschüttet geglaubte Gräben wieder freigeschaufelt, und wir müssen erleben, wie zäh die gegenseitige Verständigung der Religionsgemeinschaften immer noch – oder wieder – sein kann. Die Vorbereitung zur Erinnerungsveranstaltung „20 Jahre Ökumenische Versammlung“ am 29. Mai 2009 im Basler Münster ist ein Beispiel dafür, dass der Enthusiasmus von damals einer gewissen Trägheit gewichen ist. Unter den Bedingungen von 1989 wäre daraus kein großes Problem geworden; doch nach der Erklärung „Dominus Jesus“ und weiteren Kränkungen der Evangelischen durch die Römische Kirche ist Misstrauen entstanden, dem wir neu begegnen müssen.

Das kann wohl nicht anders geschehen als dadurch, dass die Jungen nun von den Älteren lernen und leisten müssen, was diese schon gelernt und geleistet haben. Es ist ein Gesetz des Lebens, dass jede nachrückende Generation ihre eigenen Erfahrungen machen, die alten Fragen neu diskutieren, Gemeinsamkeiten feststellen und Grenzen festlegen muss. Nur so entsteht – bei allen Differenzen – auch ökumenisches Vertrauen immer wieder neu. Dieser Prozess ist nicht „sexy“, umso weniger, als sich die Öffentlichkeit nur am Rande um das Thema kümmert. Trotzdem macht es Sinn, einen Neuanfang zu wagen, nüchtern und in Respekt.

Pfarrer Dr. Lukas Kundert (Basel)

Kirchenratspräsident der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt

Präsident der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Basel-Stadt

Buchrezension

Jorge D. Pamplona Roger, „Heilkräfte der Natur. Ein Praxisbuch“, Advent-Verlag, Zürich, Wegweiser-Verlag, Wien, Festeinband, 380 Seiten, 44,00 Euro, ISBN 3-905008-79-3.

Das von dem spanischen Chirurgen und Universitätsgelehrten Jorge Pamplona Roger verfasste Werk bietet zwar nichts grundsätzlich Neues, ist aber von seinem Inhalt her eine sehr nützliche und für den Leser fesselnde Zusammenstellung für gesunde Ernährung. Wer weiß schon so genau, was für die Gesundheit des Menschen wirklich gut und sinnvoll ist?

Dem Leser werden hier vor allem Nahrungsmittel für die Augen, das Nervensystem, das Herz, die Arterien, das Blut allgemein, die Atmungsorgane, den Verdauungsapparat, für Leber, Gallenblase und den Magen angeboten. Nicht minder Nahrungsmittel, welche die Harn- und Geschlechtsorgane, den Darm und den Stoffwechsel unterstützen sowie den Bewegungsapparat und die Haut fördern. Auch dem Immunsystem des Menschen wird eine entsprechende Bedeutung beigemessen.

Der Autor empfiehlt unter anderem keimtötende, leberschützende, harntreibende, blutbildende und vor allem krebsvorbeugende Nahrungsmittel und geht auch den Zusammenhängen zwischen Ernährung und Schlaflosigkeit oder Depression nach. Dr. Roger bestätigt beispielsweise, dass der Verzehr von Walnüssen und anderen Schalenfrüchten zu einer Abnahme des Herzrisikos führe und die Sojabohne zu den wichtigsten Hülsenfrüchten zähle.

Exotische Früchte spielen in den Ausführungen des Arztes ebenfalls eine bedeutende Rolle. Die wie auch immer zubereitete Ananas ist gegen Übergewicht, Unfruchtbarkeit und Magenkrebs gedacht. Die Karambole oder Sternfrucht hilft bei Verstopfung und erhöhtem Cholesterinspiegel. Die kaum bekannte Sapote, eine Marmeladenfrucht, deren Fruchtfleisch cremig, aromatisch und süß ist, wird gern bei Durchfall, Magen- und Darmentzündung, Blutarmut und Unterernährung verwendet. Auch die heimische Quitte, weithin als Geleeform in Gebrauch, dient Darmbeschwerden und der Senkung des Cholesterinspiegels.

Den vielen angeführten Nahrungsmitteln sind außerdem detaillierte Angaben über die dazugehörigen Vitamine und Inhaltsstoffe tabellarisch zugeordnet. Zahlreiche Zubereitungstipps für Gemüse- und Kohlarten geben eine Fülle von Anregungen. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis nebst Bibliographie erleichtert den Zugriff zu den verschiedenen Fachbereichen.

Dr. Wolfgang Tulaszewski